

Wo kommt mein Nachbar her?

Positionierung der Caritas Rheine zur Situation von Flucht und Zuwanderung in Rheine und im Kreis Steinfurt

In Deutschland leben rund 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. In Rheine liegt der Anteil an der Gesamtbevölkerung bei rund 20 Prozent und somit etwa 14.000 Menschen, davon rund 6.000 Spätaussiedler und 400 Flüchtlinge; im Kreis Steinfurt leben rund 70.000 Menschen mit Migrationshintergrund.

Seit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2004 wurde Deutschland politisch als Zuwanderungsland anerkannt. Die kulturelle Vielfalt ist auch in Rheine zur gesellschaftlichen Normalität geworden. In der Emsstadt leben mehr als 100 Kulturen.

Rheine und der Kreis Steinfurt sind im Bereich der Integration insgesamt auf einem guten Weg. Im Wirtschaftsleben, bei der Arbeit, in den Schulen, in den Vereinen, in der Gemeinwesenarbeit, im Kindergarten oder im kulturellen Bereich findet tagtäglich Integration statt.

Dennoch gibt es neue Herausforderungen, wie die Gefahr von Parallelgesellschaften, von einem sozialen Nebeneinander. Viele Zugewanderte leben und wohnen in ihrer eigenen Ethnie, Senioren mit Migrationshintergrund sind in den Einrichtungen der Altenhilfe weiterhin kaum vertreten. Menschen mit Migrationsgeschichte mit psychischen Leiden oder Suchterkrankungen sind in den Hilfesystemen unterrepräsentiert, obwohl diese nachweislich mehr betroffen sind. Die Anzahl der ausländischen Kinder auf Förderschulen ist überproportional hoch. Die Arbeitslosenquote ist bei Migranten wesentlich höher als bei Einheimischen und die Ausbildungsquote weiterhin geringer.

Nachdem noch vor wenigen Jahren die Zugangszahlen in Deutschland im Gegensatz zum Beginn der 90er Jahre auf einem niedrigen Niveau waren und zeitweise mehr Menschen aus Deutschland auswanderten als hinein kamen, hat sich dies nun massiv geändert. Unter anderem durch die Eskalation der Bürgerkriegsentwicklung in Syrien und dem Irak, der brutalen Militärdiktatur in Eritrea und weiterer Krisenherde in der Welt haben sich die Flüchtlingszugangszahlen in Deutschland vervielfacht. Man rechnet für 2014 mit etwa 200.000 Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen werden.

Auch die Zahl der Arbeitsmigranten ist durch den Beitritt neuer Länder in die Europäische Union beziehungsweise den Eintritt der vollständigen Freizügigkeit und des Arbeitsmarktzuganges angestiegen. Insbesondere Rumänien und Bulgarien stehen hier im Blickpunkt.

In den nächsten Jahren ergeben sich folgende Herausforderungen:

- Die erhöhte Anzahl von Asylbewerbern menschenwürdig unterbringen und sozial begleiten
- Die Zunahme der Arbeitsmigration steuern und begleiten
- Die Armutszuwanderung perspektivisch betrachten und lösen
- Die gesellschaftlichen Institutionen, die soziokulturellen Dienste auf die kulturelle Vielfalt vorbereiten und sensibilisieren (Interkulturelle Öffnung)
- Trotz der finanziellen Situation der Kommunen alles tun, um das Beratungsnetzwerk weiter zu entwickeln und einen Abbau zu verhindern
- Soziale Diskriminierungen und Benachteiligungen bekämpfen.

Aktuelle Flüchtlingspolitik

Obwohl sich derzeit in repräsentativen Umfragen fast jeder zweite Bundesbürger für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen ausspricht, sind wieder Sprüche zu hören, wie zum Beispiel „das Boot ist voll“, „wer betrügt, der fliegt“ oder „Wir können nicht alles Leid der Welt lösen und alle aufnehmen, die kommen möchten“.

Von geschätzten weit über 40 Millionen Flüchtlingen weltweit fliehen über 90 Prozent innerhalb ihres Landes oder in angrenzende Staaten. Bis vor nicht allzu langer Zeit waren Pakistan, Iran und Syrien die Staaten mit den höchsten Zahlen von aufgenommenen Flüchtlingen. Mittlerweile flüchten sehr viele Menschen aus Syrien und die Türkei sowie der Libanon sind mit jeweils über einer Million Flüchtlinge als Aufnahmeländer dazu gekommen. Nicht in dieser Aufzählung vertreten sind die wohlhabenden Staaten der westlichen Welt.

Die „theoretischen“ Diskussionen darüber, ob Deutschland 20.000, 50.000 oder 100.000 Flüchtlinge aus Syrien außerhalb des Asylverfahrens aufnehmen soll, führen zu nichts, solange - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur Menschen kommen dürfen, die selbst oder deren Verwandte in Deutschland die Kosten für den Lebensunterhalt und die Unterbringung übernehmen. Zudem vergeht bis zur Zustimmung der deutschen Behörden und der Besorgung eines Visums bei der Deutschen Botschaft eines Drittlandes sehr viel Zeit, in der Flüchtlinge schnell auch ihr Leben verlieren können.

Aber nicht nur Deutschland, ganz Europa schottet sich ab. Der Einsatz der Agentur Frontex, die im Auftrag der EU-Länder für sichere Außengrenzen sorgen soll, soll verhindern, dass Menschen, sei es auf dem Landwege oder zu Wasser, illegal nach Europa einreisen. Eine legale Einreise ist nicht möglich, weil dazu Visa benötigt würden, die nicht erteilt werden.

Erst der Tod vieler hunderte Menschen, die auf überfüllten Kähnen in Seenot gerieten und ertranken, sowie der Besuch von Papst Franziskus auf Lampedusa hat den Blick der Weltöffentlichkeit wieder dorthin gerichtet und zum Beispiel die italienische Regierung dazu gebracht, ihre Marine anzuweisen, Schiffbrüchige zu retten und nach Italien zu bringen und nicht nach Libyen oder in andere Länder in Nordafrika.

Wir brauchen eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik auf lokaler Ebene und die Aufrechterhaltung eines Netzwerkes der Unterstützung und der Hilfe

- Flüchtlinge (Asylbewerber) benötigen während des komplexen Asylverfahrens ausreichende Möglichkeiten der Beratung. Diese wird in Rheine durch die Flüchtlingsberatung der Caritas Rheine und durch die Fachstelle Migration und Integration der Stadt Rheine sichergestellt. Leider gibt es im Kreis Steinfurt viele Kommunen ohne ein Beratungsangebot.
- Viele Asylbewerber wohnen dezentral im Stadtgebiet verteilt in städtischen Unterkünften. Diese Standards müssen beibehalten werden. Eine marginale Unterbringung in Großunterkünften muss vermieden werden.
- Viele Flüchtlinge haben aufgrund von verschiedenen Ereignissen starke psychische Leiden und bedürfen eines sensiblen Therapieangebotes.
- Der Caritasverband Rheine bietet in enger Kooperation mit der Volkshochschule Rheine seit über 20 Jahren Sprachkurse auch für Flüchtlinge an. Dieses Angebot muss kreisweit vorgehalten werden.
- Es ist wichtig, die Menschen, die in ihrem Leben bereits viel Leid erlitten haben, in die Gemeinschaft aufzunehmen.

- Die Pfarrcaritas in den Kirchengemeinden engagiert sich vorbildlich in der Bereitstellung von Spenden für Notfälle und Soforthilfen. Dennoch ist der Bedarf größer als die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden.
- Auch ehrenamtliches Engagement wird dringend benötigt: zum Beispiel bei der Begleitung zu Behörden und Ärzten sowie zum Einkaufen, zur Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache, Hausaufgabenhilfe, Herstellen von Kontakten und vielem mehr.

Neue Zuwanderung aus den EU-Nachbarländern

Aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland und des Fachkräftemangels besteht durchaus Interesse an einer neuen Zuwanderung. Im Kreis Steinfurt ist bereits ein Fachkräftemangel in verschiedenen Wirtschaftszweigen zu verzeichnen. Es sind Verdrängungsprozesse zu beobachten, die Arbeitskräfte zwingen, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Beispiele dafür sind die sozialen Verhältnisse in den europäischen Ländern, die in der Krise stecken und eine hohe Arbeitslosigkeit haben.

Wir wollen eine verantwortungsvolle Arbeitsmigration in Rheine und im Kreis Steinfurt. Dafür brauchen wir gute Rahmenbedingungen.

- Bereits hier lebende Arbeitskräfte sollten zunächst für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Hier gilt, das Augenmerk auf die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu richten und die Bereitschaft auf anerkannte Flüchtlinge zurückzugreifen. Viele qualifizierte Migranten arbeiten nicht in ihrem Beruf, weil eine Anerkennung ihrer ausländischen Qualifikationen sich weiterhin als schwierig erweist.
- Die positive Wirkung der Migration muss durch geeignete Maßnahmen gestärkt werden: neue Zuwanderer benötigen spezifische Beratungsangebote, Unterstützung bei der sozialen und kulturellen Eingliederung, sprachliche Förderung und eine Willkommenskultur mit Wertschätzung und Respekt.
- Das Recht auf die europäische Freizügigkeit darf nicht eingeschränkt werden. Sozialleistungen für EU-Bürger nach geltenden europäischen Richtlinien müssen gewährt werden.
- Im Bildungsbereich müssen für Quereinsteiger Strukturen des Überganges eingerichtet werden.
- Im Kreis Steinfurt sollte ein Integrations- und Migrationsmanagement eingeführt werden. Die Möglichkeiten des Teilhabe- und Integrationsgesetzes des Landes NRW sollten dabei berücksichtigt werden.

Willkommenskultur entwickeln und mitgestalten!

Die erfolgreiche Integration der in unserem Land lebenden Zuwanderer ist Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt und das friedliche Miteinander unserer Gesellschaft. Die Caritas Rheine leistet mit den Caritas-Migrationsdiensten seit über 40 Jahren einen Beitrag zur Integration von Migranten und Einheimischen in die Gesellschaft. Jedoch sind wir alle aufgerufen, eine Willkommenskultur weiter zu entwickeln und mitzugestalten.

Rheine, Oktober 2014

Dieter Fühner, Ludger Schröer
Vorstand Caritasverband Rheine, e. V.